

## Schwarz-Gelb führt die Familienpolitik in die Sackgasse

# Kita-Plätze statt Betreuungsgeld!

---

- **Angela Merkel hält wider alle Vernunft am so genannten „Betreuungsgeld“ fest – ein Kardinalfehler, denn diese Prämie hält Kinder von der frühkindlichen Bildung und Frauen vom Beruf fern.**
- **Das Betreuungsgeld hat hohe soziale Folgekosten. Vor allem für Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen schafft das Betreuungsgeld einen finanziellen Anreiz, den Kita-Platz gegen eine Geldleistung einzutauschen. Kinder aus diesen Familien aber brauchen die Förderung am meisten. Bessergestellte Eltern können ihre Kinder privat fördern. Hier wird die soziale Spaltung der Gesellschaft betrieben.**
- **Das Betreuungsgeld ist ungerecht und verfestigt die Benachteiligung von Frauen im Beruf. Erfahrungen in anderen Ländern wie Finnland zeigen: Die Prämie verlängert die Auszeit von Frauen und verstärkt das Risiko von Arbeitslosigkeit oder Entgeltungleichheit.**
- **Union und FDP lassen die Kommunen im Regen stehen. Der Bedarf an Kita-Plätzen ist höher als das Ausbauziel der 35 %-Betreuungsquote unterstellt. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab August 2013 ist in Gefahr. Den Kommunen drohen Klagen. Die Bundesregierung unternimmt nichts. Allein mit den zwei Milliarden Euro, die das unsinnige Betreuungsgeld kostet, ließen sich 166.000 Kita-Plätze zusätzlich finanzieren.**

### 1. Vorsicht Baustelle! Kinderbetreuung in Deutschland

Am 1. August 2013 tritt der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Geburtstag in Kraft. Das Betreuungsangebot ist in einigen Regionen und Städten nicht ausreichend. Die damalige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hat den Bedarf deutlich unterschätzt: Sie veranschlagte ihn bei 35 Prozent für Kinder von null bis drei Jahren. Tatsächlich liegt er höher.

Doch von der Leyens Nachfolgerin Kristina Schröder weigert sich, die Verantwortung zu übernehmen. Sie ruft keinen neuen Krippengipfel ein. Sie stockt den Bundesanteil an der Kitafinanzierung nicht auf. Und sie bemüht sich nicht um die Gewinnung von zusätzlichen Erzieherinnen und Erziehern. Stattdessen verschlimmert Schwarz-Gelb das Versagen beim Kitaausbau noch durch ein so genanntes „Betreuungsgeld“. Das Kalkül ist zynisch: Wenn das Betreuungsgeld Eltern davon abhält, ihre Kinder in die Kita zu schicken, müssen schließlich weniger Betreuungsplätze geschaffen werden. Eine Rechnung, die wieder einmal zu Lasten der Frauen geht, die von Erwerbsarbeit und guter Alterssicherung ferngehalten werden. Und sie geht auf Kosten der Kinder, die ganz besonders auf frühe Förderung angewiesen sind, zum Beispiel, weil ihre Eltern eingewandert sind.

Mit ihrem Buch „Danke, emanzipiert sind wir selber!“ hat Ministerin Schröder einen Offenbarungseid vorgelegt: Sie will nicht gestalten. Aus ihrer Sicht besteht die Gesellschaft aus Individuen, die unabhängig von Strukturen, Rahmenbedingungen oder Rollenbildern in absoluter Wahlfreiheit ihre Lebensentscheidungen treffen. Und ausgerechnet das Betreuungsgeld soll sie dabei unterstützen.



## 2. Der Zankapfel der Regierung Merkel

**In ihrem Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und FDP die Einführung eines Betreuungsgeldes angekündigt:**

„Um Wahlfreiheit zu anderen öffentlichen Angeboten und Leistungen zu ermöglichen, soll ab dem Jahr 2013 ein Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro, gegebenenfalls als Gutschein, für Kinder unter drei Jahren als Bundesleistung eingeführt werden.“<sup>1</sup>

Das Betreuungsgeld soll an Eltern ausgezahlt werden, die keine öffentliche geförderte Kindertageseinrichtung für ihre Kinder von ein bis drei Jahren in Anspruch nehmen. Vorgesehen sind 100 Euro monatlich ab 2013 und 150 Euro ab 2014.

Der öffentlich ausgetragene Streit über das Kernstück der schwarz-gelben Familienpolitik macht deutlich, dass auch der letzte Rest an Gemeinsamkeiten zwischen CDU, CSU und FDP aufgebraucht ist. Am Betreuungsgeld kann man ihn ablesen: Den Zerfall einer Regierung.

### 2.1 In der CDU bröckeln längst die Reihen

Im März 2012 haben 23 Bundestagsabgeordnete der Union in einem Brief an ihren Fraktionsvorsitzenden angekündigt, gegen das Betreuungsgeld zu stimmen. Damit hätte die Regierungskoalition

<sup>1</sup> „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP“, S. 68

keine Mehrheit mehr. Seitdem mehren sich die Stimmen gegen das Betreuungsgeld. Und sie kommen aus allen Teilen der Partei.

Um die parteiinternen Kritikerinnen zu befrieden, hat der CDU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder nun die Einführung eines neuen Rentenanspruchs in Aussicht gestellt. Das hat mit dem Betreuungsgeld nichts zu tun. Die Rente von Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren sind, soll erhöht werden. Über die Kosten für die Rentenkasse verliert Kauder kein Wort: Zwischen sieben Milliarden und 13 Milliarden Euro würden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mehr belastet. Das ist keine seriöse Politik, sondern Wählertäuschung vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Schon ist darüber neuer Streit in der Koalition entbrannt. Obwohl der Vorschlag nicht neu ist. Schon auf dem Leipziger Parteitag 2003 konnte die Frauen-Union einen Parteitagsbeschluss dazu herbei führen. Zum Zankapfel Betreuungsgeld kommt nun auch noch ein handfester Rentenkrach hinzu. Hier geht es nicht mehr um die Gestaltung von Politik, hier geht es nicht mehr um die Menschen. Es geht um den Überlebenskampf einer Koalition ohne Ziel, Richtung und Kompass.

Merkel hat jetzt wider alle Vernunft gesagt, sie halte am Betreuungsgeld fest. Ein Armutszeugnis und ein Zeichen, dass der so genannte Modernisierungskurs der Union ein PR-Schummelmanöver ist. In Merkels wirklicher Politik werden die Interessen der Frauen preisgegeben und die Anforderungen an die Förderung von Kindern mit Benachteiligungen und aus Einwandererfamilien ignoriert. Die Merkel-CDU macht da weiter, wo die Kohl-CDU 1998 aufgehört hat.

Bundesfamilienministerin Schröder duckt sich derweil weg. Ein Gesetzentwurf mit konkreten Festlegungen war ursprünglich für Ostern angekündigt, nun soll er erst im Sommer vorliegen. Nach jüngsten Presseberichten zieht die Ministerin sich mittlerweile sogar davon zurück. Nicht ihr Ministerium, sondern eine koalitionsinterne Arbeitsgruppe soll einen Entwurf erarbeiten.<sup>2</sup> Auch hier das bekannte Bild: Kristina Schröder zieht sich aus der Verantwortung. Sie ist im Amt überfordert.

## 2.2 Die FDP im Niemandsland – nicht dafür, macht aber mit

Die Liberalen machen keinen Hehl daraus: Das Betreuungsgeld ist nicht ihr Projekt. Und so hintertreibt es die Führungsspitze, wo sie nur kann. "Das Betreuungsgeld passt nicht in die Zeit", konstatiert FDP-Generalsekretär Patrick Döring. "Wenn wir die Frauenerwerbstätigkeit erhöhen und die Rückkehr von Frauen in den Beruf erleichtern wollen, sollten wir nicht die Betreuung von Kindern zu Hause vergüten, sondern den Ausbau von Kita-Plätzen fördern."<sup>3</sup>

Auf dem FDP-Parteitag geht der Parteivorsitzende Philipp Rösler noch einen Schritt weiter. Er fordert die Union auf, das Betreuungsgeld zu überdenken. Es sei „kein Lieblingsprojekt von uns als Liberalen“.<sup>4</sup> Rückendeckung erhält er von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Sie stellt in Frage, ob das Betreuungsgeld verfassungsgemäß ist.<sup>5</sup> Und drückt damit den grundsätzlichen Zweifel der FDP an diesem politischen Projekt aus. Der FDP-Fraktionsvorsitzende schiebt den Ball ins

---

<sup>2</sup> Spiegel Online, 22.04.2012

<sup>3</sup> Passauer Neue Presse, 03.04.2012

<sup>4</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.04.2012

<sup>5</sup> Die Welt, 21.04.2012

Spielfeld der Union: “Die Union muss klären, was sie will. Wenn sie weiß, was sie will, können wir darüber reden.”<sup>6</sup> Das Problem ist nur, er gehört zur selben Mannschaft in dieser Koalition.

### 2.3 Nur die CSU ist unbelehrbar

Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer sieht das Betreuungsgeld als „Ausdruck einer modernen, freiheitlichen Familienpolitik“.<sup>7</sup> Er will damit die nächste bayerische Landtagswahl gewinnen. Schließlich ist die Mehrheit der bayerischen Wähler für die Einführung des Betreuungsgelds.

Dabei wird in Bayern bereits eine „Erziehungsbeihilfe“ an Eltern mit niedrigem Einkommen gezahlt. Sie beträgt 150 Euro. Bisher ist offen, ob die CSU diese Kosten über das Betreuungsgeld auf den Bund verlagern will. Eines ist klar: Seehofer will keine Kompromisse machen. Das Betreuungsgeld sei ein „Kernprojekt“ seiner Partei, das ohne Wenn und Aber verwirklicht werden müsse.<sup>8</sup> Und er erhöht den Druck im Kessel noch weiter: Eine Regierung, die ihre eigenen Beschlüsse nicht umsetze, brauche man nicht.<sup>9</sup> Wir sagen: Eine Regierung, die solche Beschlüsse umsetzt, braucht man erst recht nicht.

### 2.4 Gegenwehr aus allen gesellschaftlichen Bereichen

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weisen darauf hin, dass das Betreuungsgeld verfassungsrechtlich anfechtbar ist.<sup>10</sup> Und die Sachverständigenkommission zum Gleichstellungsbericht hat der Regierung von einem Betreuungsgeld dringend abgeraten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Arbeitgeberverband fordern die Bundesregierung gemeinsam auf, die Pläne für das Betreuungsgeld aufzugeben. Für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und den Präsidenten der BDA Dieter Hundt ist es ein „grundverkehrtes Vorhaben“, mit dem die Bundesregierung einen falschen Anreiz zum Ausstieg aus dem Beruf setzt.<sup>11</sup>

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund empfiehlt, das Geld für den unterfinanzierten Kitausbau zu verwenden.<sup>12</sup> Dabei bekommt er Unterstützung vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK).<sup>13</sup> Der Bund der Steuerzahler warnt vor einem „weiteren Ausgabenfass ohne Boden.“<sup>14</sup> Für den Präsidenten des Kinderschutzbundes ist das Betreuungsgeld nicht „im Sinne der Kinder.“<sup>15</sup> Die Bundesvorsitzende der Föderation türkischer Elternvereine sagt: „Wir sind grundsätzlich gegen das Betreuungsgeld.“<sup>16</sup> Gemeinsam haben Gewerkschaften und 21 familien- und frauenpolitische Verbände ein Bündnis gegen das Betreuungsgeld gegründet. Und auch aus Brüssel kommen negative

<sup>6</sup> ARD Morgenmagazin, 23.04.2012

<sup>7</sup> Wirtschaftswoche, 23.04.2012

<sup>8</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.04.2012

<sup>9</sup> Wirtschaftswoche, 23.04.2012

<sup>10</sup> Prof. Dr. Margarete Schuler-Harms, „Verfassungsrechtlich prekär“: Expertise zur Einführung eines Betreuungsgeldes, Friedrich-Ebert-Stiftung, November 2010; Prof. Dr. Ute Sacksofsky, „Vereinbarkeit des geplanten Betreuungsgeldes nach § 16 Abs. 4 SGB VIII mit Art. 3 und Art. 6 GG“, Oktober 2010

<sup>11</sup> Gemeinsame Pressemitteilung DGB und BDA, 16.04.2012

<sup>12</sup> Handelsblatt Online, 16.04.2012

<sup>13</sup> Passauer Neue Presse, 03.04.2012

<sup>14</sup> Hamburger Abendblatt, 04.04.2012

<sup>15</sup> Anhörung des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

<sup>16</sup> Bildzeitung, 04.04.2012

Signale: Die Europäische Kommission rügt das Betreuungsgeld als kontraproduktiv für die Beschäftigungsförderung.<sup>17</sup>

### 3. Die „Fernhalteprämie“ ist politisch gescheitert

Noch bevor ein Gesetzentwurf vorliegt, ist das Betreuungsgeld gescheitert. Seine Erfinder haben nicht einmal mehr Macht über den Begriff: Längst sind „Herdprämie“ und „Fernhalteprämie“ die gängigeren Vokabeln. Unterschiedliche politische und gesellschaftliche Akteure sind sich einig: Nichts spricht dafür, alles spricht dagegen.

- **Das Betreuungsgeld ist widersinnig.** Die schwarz-gelbe Regierung führt mit dem Betreuungsgeld ein neues Prinzip ein: Bürgerinnen und Bürger sollen Geld dafür erhalten, dass sie eine staatliche Leistung *nicht* in Anspruch nehmen. Zudem stellt sich die Frage, wofür Eltern kompensiert werden, wenn sie keinen Betreuungsplatz für ihr Kind in Anspruch nehmen. Schließlich entsteht ihnen kein Schaden dadurch, dass andere Eltern Betreuungsplätze nutzen.
- **Das Betreuungsgeld ist ungerecht und verfassungsrechtlich problematisch.**<sup>18</sup> Zum einen verletzt das Betreuungsgeld das Nichteinmischungsgebot bei der Familienförderung.<sup>19</sup> Denn Familien, die nicht das Alleinverdienermodell leben, sind von der Leistung ausgeschlossen. Zum anderen wirkt das Betreuungsgeld der Gleichstellung von Frauen und Männern entgegen: Es verhindert den gerechten Zugang zu Erwerbsarbeit und die gerechte Teilung der Familienarbeit.<sup>20</sup> Und schließlich läuft die Förderung dem allgemeinen Gleichheitssatz zuwider. Dieser erlaubt Ungleichbehandlung nur, wenn damit ein Verfassungsziel erreicht wird.
- **Das Betreuungsgeld verhindert Wahlfreiheit.** Um frei entscheiden zu können, wie sie ihre Kinder betreuen, brauchen Eltern angemessene Rahmenbedingungen. Und solange es nicht genügend Kinderbetreuungsplätze gibt, kann man nicht von Wahlfreiheit sprechen. Deshalb müssen die veranschlagten Ausgaben für das Betreuungsgeld in den Kitausbau gesteckt werden. An der falschen Stelle bewirken sie Unfreiheit statt Freiheit. Noch schlimmer: Mit dem Betreuungsgeld wird gezielt Einfluss darauf genommen, welche Betreuungsform Eltern wählen.
- **Das Betreuungsgeld ist eine Fehlinvestition.** Für 2013 veranschlagt die Bundesregierung 400 Millionen Euro für das Betreuungsgeld. 2014 sind 1,2 Milliarden Euro eingeplant. Doch es lässt sich nur schwer berechnen, wie viele Eltern die neue Leistung in Anspruch nehmen werden. Expertinnen und Experten warnen bereits jetzt, dass die Kosten deutlich höher ausfallen könnten: Nach neuesten Berechnungen sind 2013 bereits zwei Milliarden Euro realis-

---

<sup>17</sup> Spiegel Online, 01.02.2012

<sup>18</sup> Schuler-Harms, „Verfassungsrechtlich prekär“

<sup>19</sup> Grundgesetz, Art. 6, Abs. 1

<sup>20</sup> Grundgesetz, Art. 3, Abs. 2

tisch.<sup>21</sup> Und dabei ist die Gegenfinanzierung nicht einmal geklärt. Gleichzeitig plant die Bundesregierung Steuersenkungen. Solide Haushaltspolitik sieht anders aus. Es steht außer Frage: Das Geld wäre besser in den Ausbau von Kinderbetreuung investiert.

- **Das Betreuungsgeld hat hohe soziale Folgekosten.** Vor allem für Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen schafft das Betreuungsgeld einen finanziellen Anreiz, den gebührenpflichtigen Kitaplatz gegen eine Geldleistung einzutauschen.<sup>22</sup> Dabei soll gerade bei Kindern aus sozial benachteiligten Familien die Bildungsbeteiligung steigen. Längst ist erwiesen, dass frühe Förderung und soziale Integration für sie besonders wichtig sind.<sup>23</sup> Darüber hinaus wird die soziale Ungerechtigkeit noch dadurch verschärft, dass gut verdienende Familien das Betreuungsgeld als Zuschuss zur privaten Kinderbetreuung nutzen können.
- **Das Betreuungsgeld erhöht die Armutsgefährdung von Familien, Frauen und Kindern.** Durch das Betreuungsgeld wird die Zahl der Eltern ansteigen, die beruflich aussetzen. Vor allem werden sie länger zu Hause bleiben, als zuvor.<sup>24</sup> Familien, die dauerhaft auf ein Erwerbseinkommen verzichten, geraten jedoch leichter in Armut. Insbesondere die Zukunftschancen von Kindern werden dadurch negativ beeinflusst.<sup>25</sup> Für Frauen bedeutet die Hausfrauenehe finanzielle Abhängigkeit, Armutsfalle im Scheidungsfall sowie Erwerbsminderung und Einbußen bei der Rente. Bereits heute sind Frauen stärker armutsgefährdet als Männer. Mit dem Betreuungsgeld wird sich ihre Situation weiter verschlechtern.
- **Das Betreuungsgeld wirkt der Gleichstellung von Frauen und Männern entgegen.** Vater am Arbeitsplatz, Mutter an Heim und Herd - die traditionelle Rollenverteilung wird durch das Betreuungsgeld weiter befördert. Schon heute nehmen Frauen den Großteil von Elternzeit und Elterngeld in Anspruch. Sie werden auch diejenigen sein, die mit dem Betreuungsgeld länger zu Hause bleiben. Eine gleichberechtigte Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern rückt damit in noch weitere Ferne.
- **Das Betreuungsgeld hält Frauen vom Arbeitsmarkt fern.** Zusammen mit dem Ehegattensplitting und der beitragsfreien Familienkrankenversicherung schafft das Betreuungsgeld einen weiteren Anreiz für Frauen, länger aus dem Beruf auszusteigen.<sup>26</sup> Die Folge: Der Wiedereinstieg wird für sie immer schwieriger. Auch eine ihrer Qualifikation angemessene und bezahlte Tätigkeit wird unwahrscheinlicher, je länger die Auszeit dauert. Die Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern wird so verfestigt. Auf diese Weise verschenken Frauen

<sup>21</sup> Berechnungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) (Financial Times Deutschland, „Regierung rechnet sich das Betreuungsgeld billig“, 02.04.2012).

<sup>22</sup> Das Landeserziehungsgeld in Thüringen hat insbesondere für ökonomisch schwächere Familien einen Anreiz geschaffen, ihre Kinder nicht in eine vorschulische Bildungseinrichtung zu bringen. Vgl. Thüringer Kindersozialbericht 2009, S. 55. Dies wird durch die eine neuere Studie bestätigt: Christina Gathmann, Björn Sass, „Taxing Childcare: Effects on Family Labor Supply and Children“, Institut zur Zukunft der Arbeit, März 2012

<sup>23</sup> BMFSJ, Familienreport 2011, S. 109 ff.

<sup>24</sup> Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, „Wirkungen eines Betreuungsgeldes bei bedarfsgerechtem Ausbau frühkindlicher Kindertagesbetreuung: Eine Mikrosimulationsstudie“, August 2010

<sup>25</sup> Familienreport 2011, S. 101 ff.

<sup>26</sup> Axel Plünnecke, „Das Betreuungsgeld aus ökonomischer Sicht“, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Juli 2011

ihr Potential – während auf dem Arbeitsmarkt Fachkräftemangel herrscht. Von einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann keine Rede sein.

- **Das Betreuungsgeld hemmt Integration.** Kinder mit Migrationshintergrund werden häufig zu Hause betreut. Sie aber brauchen Hilfe beim Spracherwerb und dem Erlernen sozialer und kultureller Fähigkeiten. Diesen Startnachteil können sie später nur schwer wieder aufholen. Erfahrungen mit dem Betreuungsgeld in Norwegen zeigen: Es sind vor allem Eltern mit Migrationshintergrund, die diese Leistung in Anspruch nehmen.<sup>27</sup> Damit werden die Weichen für ihre Kinder falsch gestellt und die integrationspolitischen Fehler der Vergangenheit fortgeschrieben.
- **Das Betreuungsgeld hat Mitnahmeeffekte:**<sup>28</sup> Solange der Kitausbau keine Fortschritte macht, sind viele Eltern gezwungen, ihre Kinder zu Hause zu betreuen. Sie werden das Betreuungsgeld erhalten – auch wenn sie das Geld lieber in Kita-Plätze investiert sähen. In diesem Zusammenhang von einer familienpolitischen „Förderung“ zu sprechen, ist absurd.
- **Das Betreuungsgeld ist in anderen europäischen Ländern schon gescheitert.**<sup>29</sup> In Finnland (Einführung 1985), Norwegen (1998) und Schweden (2008) hat sich das Betreuungsgeld negativ ausgewirkt. Zum einen sind die Leistungsempfänger vor allem Mütter. Dadurch wurden Fortschritte in der gendergerechten Arbeitsteilung innerhalb von Familien sowie auf dem Arbeitsmarkt verhindert. Zudem sank die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen durch das Betreuungsgeld erheblich. In Finnland hatten Mütter nach ihrer Auszeit gehäuft mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen. In Norwegen und Schweden hatte das Betreuungsgeld insbesondere bei Frauen mit Migrationshintergrund negative Auswirkungen auf die Beschäftigung.
- **Das Betreuungsgeld hat keine gesellschaftliche Mehrheit.** 76 Prozent der Deutschen lehnen das Betreuungsgeld ab. Aus ihrer Sicht sollte das Geld für den Kitausbau verwandt werden.<sup>30</sup>

#### 4. Kurs halten – Kitausbau voran bringen

Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Geburtstag gilt ab dem 1. August 2013. Bis dahin sollen 750.000 Kita-Plätze zur Verfügung stehen. Damit könnten 35 Prozent der unter Dreijährigen eine Betreuungseinrichtung besuchen. Dieses Ausbauziel ist aber noch nicht erreicht.

---

<sup>27</sup> Anne Lise Ellingsaeter, „Betreuungsgeld – Erfahrungen aus Finnland, Norwegen und Schweden“, Friedrich-Ebert-Stiftung, April 2012, S. 10

<sup>28</sup> Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, „Fiskalische Auswirkungen sowie arbeitsmarkt- und verteilungspolitische Effekte einer Einführung eines Betreuungsgeldes für Kinder unter drei Jahren“, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen, Dezember 2009

<sup>29</sup> Vgl. Ellingsaeter, „Betreuungsgeld – Erfahrungen aus Finnland, Norwegen und Schweden“

<sup>30</sup> Emnid-Umfrage im Auftrag von Focus, 2./3. April 2012

Der letzte Stand<sup>31</sup> zeigt: Zurzeit werden nur 25,4 Prozent der Kinder unter drei Jahren in einer Kita oder Ganztagespflege gefördert. Das bedeutet, es fehlen noch rund 230.000 Plätze. In Ostdeutschland ist die Betreuungssituation durchweg gut. Dort liegt die Betreuungsquote bei 49 Prozent. Aber in Westdeutschland steht nur für jedes fünfte Kind ein Platz zur Verfügung.

### **Die SPD-Fraktion hat die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, auf die Einführung des Betreuungsgeldes zu verzichten.**

Was jetzt geschehen muss:

- **Statt des Betreuungsgelds soll das bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren ausgebaut werden.** Dafür werden weitere Bundesmittel benötigt. Für die Kosten des Betreuungsgelds von bis zu zwei Milliarden Euro jährlich könnten 166.000 zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden.
- **Der Kitausbau stockt. Daher sind für die Länder und Regionen, die besonders weit zurück liegen, eine gezielte Problemanalyse und Sofortmaßnahmen vonnöten.** Die Hilferufe der Kommunen im Hinblick auf den Kitausbau müssen ernst genommen werden.
- **Es bedarf eines neuen Krippengipfels, um den tatsächlichen Bedarf an Kita-Plätzen zu analysieren.** Nur so können konkrete Maßnahmen verabredet werden, um den Ausbau zu beschleunigen, pädagogische Fachkräfte zu gewinnen und die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung zu verbessern.
- **Sobald der Gesetzentwurf für das Betreuungsgeld vorliegt, muss eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht geprüft werden.** Erst dann wird sich erweisen, ob das Betreuungsgeld überhaupt verfassungsgemäß ist.

---

<sup>31</sup> Statistisches Bundesamt, Veröffentlichung 08.11.2012, Stand vom März 2011